

# Antrag

**AntragsstellerIn:** Landesvorstand, LAG Migration

**Gegenstand:** **Für eine menschenrechtsorientierte  
Flüchtlingspolitik: Verantwortung übernehmen,  
Herausforderungen gemeinsam schultern,  
Integration unterstützen**

---

## 1 Antragstext

2 Wir erleben in Sachsen derzeit eine unbeschreiblich große Hilfsbereitschaft von  
3 Ehren- und Hauptamtlichen in den Städten und Dörfern unseres Landes - trotz oder  
4 gerade wegen rassistischer Hetzkampagnen gegen Flüchtlinge. All jenen, die sich  
5 in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften engagieren, die  
6 spenden, die Patenschaften für Zufluchtsuchende übernehmen, die Deutschkurse  
7 organisieren, gilt unser großer Dank! Diese engagierten Menschen gilt es zu  
8 unterstützen.

9 Unter dem Eindruck der hohen Flüchtlingszahlen sehen wir derzeit in Europa eine  
10 dramatische Entsolidarisierung. Anstatt die Herausforderung entschlossen und  
11 gemeinsam auf der Grundlage der Werte des geeinten Europas anzupacken, erleben  
12 wir einen zynischen „Verschiebebahnhof“. Flüchtlinge werden nicht mehr als  
13 Menschen wahrgenommen, die Krieg und Terror entflohen sind, sondern nur mehr als  
14 Problem, das am besten in die Nachbarländer zurückgedrängt werden soll. Wir  
15 GRÜNE stehen ohne Wenn und Aber zum Asyl als individuellem Menschenrecht.

16 Der Asylgipfel in Berlin war zwar dringend notwendig. Aber es wurden dort nur  
17 wenige Maßnahmen beschlossen, die wir mittragen. Wir begrüßen jene Zusagen, die  
18 insbesondere die Minderheiten auf dem Westbalkan besser schützen und ihnen einen  
19 Zugang - allerdings nur unter engen Vorraussetzungen - zum deutschen Arbeitsmarkt  
20 ermöglichen können. Dass die dringend benötigten finanziellen Mittel für Länder  
21 und Kommunen nun zur Verfügung gestellt werden ist ebenso ein Erfolg, auch wenn  
22 diese Mittel, das ist schon jetzt absehbar, nicht ausreichen werden.

23 Jedoch enthält das aus dem Asylgipfel resultierende  
24 „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ die härtesten Asylrechtsverschärfungen  
25 seit 20 Jahren und ist zudem aus unserer Sicht nicht geeignet, die aktuellen  
26 Herausforderungen bei der Unterbringung und Integration der Flüchtlinge und

27 Asylsuchenden zu meistern. Im Gegenteil, in zahlreichen Teilbereichen ist sogar  
28 eine deutliche Verschlechterung für Asylsuchende vorgesehen. Damit ist eine  
29 große Chance zur Neuregelung der Asylverfahrensfragen und zur Schaffung eines  
30 Einwanderungsgesetzes vertan worden.

31 So sind für uns die Ausweitung der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten sowie  
32 die beabsichtigte massive soziale und wirtschaftliche Schlechterstellung der aus  
33 diesen Ländern einreisenden Asylsuchenden, etwa die faktische Wiedereinführung  
34 der Residenzpflicht oder das absolute Arbeitsverbot, nicht hinnehmbar. Auch die  
35 Rückkehr zum Sachleistungsprinzip, das einen erheblichen bürokratischen  
36 Mehraufwand bedeutet und für die Flüchtlinge eine reine menschenunwürdige  
37 Schikane darstellt, lehnen wir ab.

38 Neben der Realisierung einer menschenwürdigen Unterbringung, die uns auch noch  
39 in den kommenden Jahren beschäftigen wird, steht jetzt die Aufgabe an, die  
40 Zufluchtsuchenden unter Wahrung der eigenen Kultur und Identität in unsere  
41 Gesellschaft zu integrieren, ihnen Möglichkeiten der Teilhabe zu eröffnen und  
42 damit ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit anzubieten. Diese Herausforderung  
43 werden wir nur gemeinsam erfolgreich meistern.

44 Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen ist ein antieuropäisches und  
45 rechtspopulistisches Vorgehen, das wir entschieden ablehnen. Die Flüchtlinge  
46 sind damit nicht aus der Welt, die Herausforderung bleibt bestehen.

47 Wir in Deutschland und in Sachsen sind faktisch in der Lage, einen  
48 substanziellen Beitrag zu leisten, um die anstehenden Aufgaben zu lösen.

49 **Konkret fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf bundespolitischer Ebene:**

#### 50 **1. Asylverfahren beschleunigen**

51 Asylverfahren dauern immer noch viel zu lange. Die von der Bundesregierung  
52 versprochene durchschnittliche Verfahrensdauer von 3 Monaten liegt in weiter  
53 Ferne. Hier muss endlich eine deutliche Personalaufstockung im Bundesamt für  
54 Migration und Flüchtlinge (BAMF) erfolgen, denn unter der langen Verfahrensdauer  
55 leiden alle Beteiligten. Denkbar ist, Beamtinnen und Beamte aus anderen Behörden  
56 im BAMF einzusetzen. Ein zweiter Schritt wäre es, Flüchtlinge aus Ländern mit  
57 einer sehr hohen Schutzquote wie Syrien, Irak und Eritrea als  
58 Kontingentflüchtlinge aufzunehmen. Im dritten Schritt muss das unsinnige  
59 Widerrufsverfahren, das eine Überprüfung des Asylantrags nach drei Jahren  
60 vorsieht, ersatzlos gestrichen werden. Mit diesen Maßnahmen könnte die  
61 Verfahrensdauer endlich auf ein akzeptables Niveau gesenkt werden.

#### 62 **2. Erstaufnahme- und Unterbringungskapazitäten ausbauen**

63 Auch mit Blick auf den herannahenden Winter muss die Anzahl der Plätze in den  
64 Unterkünften deutlich erhöht werden. Das gilt für die Erstaufnahmeeinrichtungen  
65 ebenso wie für den Wohnraum, den Flüchtlinge anschließend benötigen. Dafür

66 müssen schnell und unbürokratisch Bundes- und Landesimmobilien zur Verfügung  
67 gestellt werden. Dies gilt insbesondere für die kurzfristige Bereitstellung von  
68 Notunterkünften. Die Lockerung der baurechtlichen Standards und der Ausbau der  
69 Mittel für den sozialen Wohnungsbau, so wie beides im  
70 Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz beschlossen wurde, ist der richtige Ansatz.

### 71 **3. Finanzielle und strukturelle Entlastung von Ländern und Kommunen**

72 Die vom Bund beschlossenen sechs Milliarden Euro zur Entlastung der Länder und  
73 Kommunen reichen nicht aus. Der Bund muss sich dauerhaft und strukturell in  
74 angemessener Höhe an den entstehenden Kosten beteiligen.

### 75 **4. Arbeitsmigration ermöglichen**

76 Arbeitssuchende aus den Balkan-Staaten müssen bisher den (weitgehend  
77 aussichtslosen) Umweg über das Asylrecht nehmen. Wir wollen für die EU-  
78 Beitrittsländer Albanien, Serbien, Mazedonien und Montenegro sowie für die  
79 potentiellen Beitrittskandidaten Kosovo und Bosnien-Herzegowina Möglichkeiten  
80 schaffen, damit ihre Staatsangehörigen - angelehnt an die  
81 Freizügigkeitsregelungen der EU - legal in Deutschland arbeiten können.  
82 Gleichzeitig soll die Bevölkerung in diesen Staaten verstärkt darüber aufgeklärt  
83 werden, welche Möglichkeiten und Chancen es für die Arbeitsmigration nach  
84 Deutschland gibt. Wir werden darauf achten, dass die versprochenen  
85 Unterstützungen für die Minderheiten auf dem Westbalkan, insbesondere für die  
86 Roma, wirklich umgesetzt werden. Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz, um  
87 jenseits des Asylrechts Einwanderung zu ermöglichen. Das  
88 Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz stellt durch seine zahlreichen  
89 Einschränkungen noch keinen Einstieg in ein Einwanderungsgesetz dar.

### 90 **5. Integration stärken**

91 Viele der Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, werden lange hier  
92 bleiben. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass sie möglichst gut integriert  
93 sind. Gute Integration ist ein entscheidender Punkt im Hinblick auf das künftige  
94 Zusammenleben. Dafür ist es zunächst nötig, dass genügend Integrations- und  
95 Sprachkurse angeboten werden. Weiter gilt es, die Bildungsangebote, insbesondere  
96 die Schulen, fit zu machen für die neuen Herausforderungen. Der Zugang zum  
97 Arbeitsmarkt ist von zentraler Bedeutung. Die meisten Flüchtlinge wollen ihren  
98 Lebensunterhalt selbst verdienen und unsere Unternehmen - insbesondere  
99 mittelständische Firmen - können sie gut gebrauchen. Wenn es gelingt, sie besser  
100 und schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren, können sie nicht nur ihren  
101 eigenen Lebensunterhalt verdienen, sondern auch einen wichtigen Beitrag für den  
102 Wohlstand des gesamten Landes leisten. Leider ist das Recht derzeit eher darauf  
103 angelegt, eine Arbeitsaufnahme so schwer wie möglich zu gestalten. Das wollen  
104 wir ändern. Ein erster und wichtiger Schritt wäre es, die geltende  
105 Vorrangprüfung völlig zu streichen. Um die medizinische Versorgung  
106 sicherzustellen, muss die Gesundheitskarte eingeführt werden. Das ist ein  
107 Beitrag zum Abbau von Diskriminierung und überflüssiger Bürokratie.

108 **Aktionsplan für Sachsen**

109 Im Freistaat Sachsen ist entschlossenes und engagiertes Handeln vor allem in den  
110 folgenden Bereichen erforderlich:

- 111 - menschenwürdige Unterbringung in der Erstaufnahme des Landes und in
- 112 Unterkünften der Landkreise und der Kreisfreien Städte
- 113 - Betreuung und Integration
- 114 - Abbau unnötiger und teurer Bürokratie
- 115 - Kommunale Integrationskonzepte und ehrenamtliches Engagement unterstützen

116 **1. Aufnahme und Unterbringung**

117 Wir brauchen Ankunftscentren, die im 24-h-Betrieb medizinische Erstversorgung,  
118 Registrierung und die Weiterleitung der Menschen in die  
119 Erstaufnahmeeinrichtungen leisten.  
120 Wir brauchen weiterhin dringend und schnellstmöglich mindestens eine Verdopplung  
121 der Erstaufnahmeplätze und  
122 -einrichtungen. Zelte sind dabei ungeeignet und garantieren keine  
123 menschenwürdige Unterbringung, gerade im bevorstehenden Winter. Ein  
124 sachsenweites Liegenschaftskataster mit Grundstücken und Immobilien, die für  
125 Flüchtlingsunterkünfte geeignet sind, muss umgehend vorgelegt werden. Wir  
126 wollen, dass die rechtlichen Möglichkeiten geschaffen werden, dass  
127 Privatpersonen geduldete Flüchtlinge und Flüchtlinge im Verfahren bei sich  
128 aufnehmen können. Um den absehbar höheren Bedarf an Wohnungen zu befriedigen,  
129 brauchen wir eine Offensive für den sozialen Wohnungsbau und mehr Mittel für die  
130 Städtebauförderung zur Sanierung maroden Baubestands. Wir brauchen gerade in den  
131 urbanen Ballungsräumen schnellstmöglich ein Programm für sozialen Wohnungsbau,  
132 so wie es beim Flüchtlingsgipfel beschlossen wurde und nun von Sachsen umgesetzt  
133 werden muss. Bezahlbarer Wohnraum muss zur Verfügung stehen, um gerade auch eine  
134 Konkurrenz zwischen einkommensschwachen Menschen und Geflüchteten zu verhindern.

135 **2. Betreuung und Integration**

136 Wir brauchen in allen Landkreisen und Kreisfreien Städten Jugendämter, die über  
137 Angebote an Einrichtungen, Diensten, Sprachmittlern und Veranstaltungen  
138 verfügen, die den spezifischen Schutzbedürfnissen  
139 und Bedarfen unbegleiteter ausländischer Minderjähriger entsprechen sowie  
140 qualifizierte Fachkräfte für die Betreuung dieser Zielgruppe. Von dort sollen  
141 unbegleitete Flüchtlinge unter 18 Jahren möglichst schnell an Clearingstellen  
142 weitervermittelt werden. Dadurch werden die Jugendämter der Landkreise und  
143 Kreisfreien Städte entlastet. Wir werden darauf achten, dass das angekündigte  
144 Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung  
145 ausländischer Kinder und Jugendlicher schnellstmöglich verabschiedet wird, um  
146 eine unter Kindeswohlgesichtspunkten notwendige Verteilung der unbegleiteten  
147 minderjährigen Flüchtlinge sicherzustellen.

148 Integration fängt mit Bildung an: Flüchtlinge müssen ab dem Zeitpunkt ihrer  
149 Ankunft in Sachsen Zugang zu Bildungsangeboten bekommen. Neben der Schule und

150 der Berufsschule, müssen alle Bildungs- und Betreuungsinstitutionen unterstützt  
151 werden, um Flüchtlingen einen schneller Zugang zu Kitas, Weiterbildung und  
152 Hochschulen zu ermöglichen. Dafür benötigen die Bildungseinrichtungen und ihre  
153 Beschäftigten zusätzliche personelle und materielle Unterstützung. Das bedeutet  
154 vor allem, mehr Personal zu Verfügung zu stellen, die Zahl für Klassen mit  
155 Deutsch als Zweitsprache zu erhöhen und die Angebote an Integrations- und  
156 Sprachkursen deutlich auszuweiten.

157 Wir fordern ein Sofortprogramm für die Bildung und Förderung von Flüchtlingen.  
158 Die Chancen auf eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt sollten wir  
159 unverzüglich nutzen und unbürokratisch Möglichkeiten eröffnen. Dafür brauchen  
160 wir Jobcoaches in Sachsen. Auch die schnellere Anerkennung von im Ausland  
161 erworbenen Bildungsabschlüssen und Berufsqualifikationen fördert eine schnelle  
162 Integration. Zeugnisse und andere Dokumente sind oftmals verloren gegangen. Nach  
163 dem Vorbild der Hochschule Magdeburg-Stendal in Sachsen-Anhalt wollen wir  
164 Flüchtlingen in Sachsen mit Aufenthaltsgenehmigung auch bei unvollständiger  
165 Aktenlage ein Studium ermöglichen. Denn Bildung ist ein Menschenrecht. Wir  
166 werden genau darauf achten, dass die im Flüchtlingsgipfel zugesagte stärkere  
167 finanzielle Unterstützung für die zuständige Stelle zur Anerkennung  
168 ausländischer Bildungsabschlüsse auch gezahlt wird.

169 Die Asylsozialarbeit muss personell deutlich aufgestockt werden. Bei der Auswahl  
170 des Betreuungspersonals sollen verstärkt die Kompetenzen der Flüchtlinge selbst  
171 genutzt werden. Sie können eine wertvolle Hilfe bei der Betreuung und  
172 Unterstützung sein. Die nötigen Maßnahmen kosten zu Beginn viel Geld. Aber die  
173 Kosten sind auch Investitionen in die Zukunft unseres Landes, an deren Ende uns  
174 viele gut qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, die uns aufgrund des  
175 demografischen Wandels ansonsten fehlen würden.

### 176 **3. Abbau unnötiger und teurer Bürokratie**

177 Bislang werden 7600 € pauschal je Flüchtling an die unteren  
178 Unterbringungsbehörden gezahlt. Dieses Geld reicht nicht aus. Wir fordern, dass  
179 jährlich überprüft wird ob die Pauschale angemessen ist. Auch die immer wieder  
180 geforderte Umstellung von Geld- auf Sachleistungen in den  
181 Erstaufnahmeeinrichtungen ist ein bürokratischer Schildbürgerstreich und zudem  
182 für die Flüchtlinge menschenunwürdig.

183 Wir wollen, dass nach dem Vorbild anderer Bundesländer (Hamburg, Bremen, NRW und  
184 Schleswig-Holstein) eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge eingeführt wird, die  
185 sowohl eine gute und humane Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge sicherstellen,  
186 als auch den derzeitigen Verwaltungsaufwand reduzieren würde.

### 187 **4. Kommunale Integrationskonzepte und ehrenamtliches Engagement unterstützen**

188 Das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Sachsen ist derzeit  
189 größer denn je. Die sächsischen Kommunen brauchen Unterstützung bei der  
190 Schaffung kommunaler Integrationskonzepte als Grundlage für eine menschenwürdige  
191 Aufnahme und für eine qualifizierte Flüchtlingssozialarbeit. Dabei müssen Bund

192 und Länder die Kommunen unterstützen.

193 Das solidarische, ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Engagement in den  
194 Sächsischen Städten und Gemeinden soll durch eine Ehrenamtskoordination  
195 unterstützt werden. Einen unschätzbaren Beitrag für die Betreuung leisten  
196 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Um sie und ihre wichtige Arbeit zu  
197 unterstützen, braucht es hauptamtliche Stellen, die die Koordination und  
198 Unterstützung übernehmen. Die Kosten dafür sind vom Land zu tragen.